

## Kurz & bündig

### Studiengebühren am Ende

Ende Februar einigten sich CSU und FDP nach einem Volksbegehren gegen Studiengebühren, die Campusmaut in Bayern abzuschaffen. Damit ist die letzte Bastion der Befürworter gefallen. Nachdem massive Proteste in Hessen bereits 2007 die Abschaffung der Studiengebühren einleiteten, zogen die anderen Bundesländer nach – neben Bayern zuletzt Baden-Württemberg (abgeschafft 2012) und Niedersachsen (Abschaffung geplant bis 2014). Langzeitstudiengebühren gibt es jedoch weiterhin.

### Zivilklausel in Frankfurt verabschiedet

Nach Senat und Hochschulrat hat das Präsidium der Goethe-Universität Frankfurt einer universitären Zivilklausel zugestimmt. Die Aufnahme der Zivilklausel in die universitäre Grundordnung ist nun möglich. Vorausgegangen sind eine studentische Urabstimmung 2012 und jahrelanges Engagement der GEW. Die Goethe-Universität ist deutschlandweit die zwölfte Hochschule, die eine Zivilklausel einführt. In Kassel sprachen sich Ende Januar 72,39 Prozent der Studierenden für rein zivile und friedliche Forschung aus.

### Solidarität kennt keine Grenzen

Im März trafen sich rund hundert europäische GewerkschafterInnen auf einer Jugendkonferenz in Berlin, um über Perspektiven junger Menschen in Europa zu diskutieren. Mit dabei waren auch GEW-Studierende aus Hessen.

Hauptthema: die ansteigende Jugendarbeitslosigkeit in Südeuropa. Der Konferenz vorausgegangen waren dezentrale Treffen mit Gewerkschaftsdelegationen aus europäischen Ländern. Wir sind in der internationalen Arbeit aktiv, mach mit!

## Mehr Praxis = Bessere LehrerInnen?

Ende Januar legten die Regierungsfractionen aus CDU und FDP dem Hessischen Landtag einen Gesetzesentwurf zur probeweisen Einführung eines Praxissemesters für Lehramtsstudierende vor. Doch der Entwurf ist ein „Sparmodell“ und viele Fragen aus studentischer Sicht bleiben offen.

Nach dem Gesetzesentwurf sollen an den Hochschulen in Hessen (Frankfurt, Kassel, Gießen und Musikhochschule Frankfurt) bis WiSe 2014/15 Regelungen zur Erprobung eines Praxissemesters getroffen werden, das alle bisherigen Praktika ersetzen soll. Vom zweiten bis vierten Semester sollen alle Lehramtsstudierenden für sechs Monate an die Schulen geschickt werden. Dies soll wissenschaftlich begleitet werden, um festzustellen, ob das Modell in ganz Hessen realisierbar ist.

Nach Angaben der Regierungsfractionen diene das Praxissemester zum einen dazu, die Eignung für den LehrerInnenberuf festzustellen, zum anderen solle die Erhöhung des Praxisanteils besser auf die Ansprüche der Arbeit vorbereiten. Ob diese Ziele durch ein solches Praxissemester erreicht werden, ist jedoch mehr als fraglich. In der frühen Phase der LehrerInnenausbildung sind in aller Regel noch keine ausreichenden didaktischen und fachlichen Kompetenzen für eine reflektierte Praxiserfahrung aufgebaut. Vielmehr kann das extrem früh angelegte Langzeitpraktikum bei den Studierenden einen „Praxischock“ hervorrufen,

der vom LehrerInnenberuf abschreckt. Insgesamt steht hinter dem Gesetzesentwurf kein Konzept. Organisatorische, strukturelle und finanzielle Fragen wie die nach der Vereinbarkeit mit einem Nebenjob oder einer Familie, der Verteilung auf die oft weit weg gelegenen Schulen oder der Betreuung vor allem auch während der Semesterferien werden ausgeklammert, obwohl sie gerade für die Studierenden relevant sind. Es ist keine angemessene Entlastung der BetreuerInnen vorgesehen. Auch ist bisher weder eine Bezahlung des Praktikums noch eine Fahrtkostenpauschale für den Schulweg vorgesehen.

Den Entwurf eines Praxissemesters kritisierten auch die TeilnehmerInnen der GEW-Fachtagung zur Zukunft der LehrerInnenbildung am 27. Februar in Frankfurt. Sie machten deutlich, dass nicht die Quantität, sondern die Qualität der Schulpraktika entscheidend für den Kompetenzzuwachs der angehenden LehrerInnen ist. Ein Praxissemester, erst recht in der vorgeschlagenen Form, ist kein Allheilmittel für bessere LehrerInnenbildung.



## Hessen vorne? GEW-Beiträge zur Landtagswahl

Die GEW Hessen gibt zur Landtags- und Bundestagswahl am 22. September 2013 keine Wahlempfehlung an ihre Mitglieder ab. Wir messen die Parteien an unseren gewerkschaftlichen Forderungen für bessere Lehr- und Studienbedingungen, gute Arbeitsbedingungen an Hochschulen, Bildung für eine humane und soziale Gesellschaft sowie den Einsatz für ein gutes Leben.



Außerdem ziehen wir kritisch Bilanz: Im Sammelband „Hessen vorne?“ stellen unter anderem Ortrun Brand die Situation der Kleinkindbetreuung, Harald Freiling und Gerd Tuck die schwarz-gelbe Schulpolitik und Roman George die herrschende Hochschulpolitik kritisch dar.

Anlässlich der Landtagswahl befasst sich der Sammelband in Beiträgen zur

Finanz-, Bildungs-, Wirtschafts- und Sozialpolitik mit Maßnahmen und dem Handeln der Landesregierung und diskutiert alternative Konzepte.

Herausgegeben wird der Band vom Bezirksvorsitzenden des Deutschen Gewerkschaftsbundes Hessen-Thüringen Stefan Körzell und dem Referenten für Wirtschaftspolitik Kai Eicker-Wolf.

Der Sammelband ist erhältlich bei [bestellung@buechner-verlag.de](mailto:bestellung@buechner-verlag.de). ISBN 978-3-941310-34-6 | 13,90 Euro

*Das Mittelbaunetzwerk Hessen wird am*

*Do, 4. Juli  
von 18 bis 20 Uhr*

*auf dem Campus Bockenheim in HS IV mit Abgeordneten sowie Vertreterinnen und Vertretern der CDU, FDP, SPD, Grünen, LINKEN und Piraten zum Thema „Hochschulpolitik“ diskutieren.*



## Werbung an Hochschulen – Sexismus in Tüten

Ende November 2012 ging ein kleiner Aufschrei durch Marburg. An der Uni wurden zu hunderten UNICUM-„Wundertüten“ an Studierende ausgegeben, die mit sexistischer Werbung bedruckt waren.

„Mach deine Idee zu Geld“ war neben einer halbnackten, sich entkleidenden Frau zu sehen, weiter unten im Schritt der Frau der Schriftzug „moneybox“. Außerdem waren die Tüten mit verschiedenfarbigen Streifen gekennzeichnet, um die vermeintliche Geschlechterzuordnung zu garantieren – rosa für Frauen, blau für Männer. Passend dazu variierte der Inhalt der „Männer-“ und „Frauentüten“.

Wie kleine Kinder freuten sich die meisten Studierenden über diese „Wundertüten“ und nahmen die Werbung dankbar an – die Darstellung, den geschlechtsspezifischen Inhalt und die Gestaltung nahmen sie als „normal“ wahr.

Doch genau darin liegt das Problem. Heteronormative Vorstellungen werden dadurch reproduziert. Männern und Frauen wird vorgeschrieben, was sie je nach Geschlechtszugehörigkeit vermeintlich brauchen. Und die Darstellung der halbnackten Frau degradiert diese zum reinen Sexobjekt.

Als Reaktion verfasste eine Studentin einen offenen Brief, der unter anderem an das Unipräsidium gesendet wurde und den Stein des Protestes ins Rollen brachte. StudierendenvertreterInnen anderer Hochschulen solidarisierten sich und mittlerweile gibt es sogar eine Petition „Unicum vom Campus kicken“, die sich an (Hoch-)Schulleitungen bundesweit richtet.

Durch den Vorfall wurde nicht nur klar, dass weiterhin etwas gegen sexistische Vorstellungen, die in der Gesellschaft vielfach noch verbreitet sind, getan werden muss. Generell ist auch der Einsatz von kommerzieller Werbung an Hochschulen zu hinterfragen, insbesondere, weil kaum Kontrolle über die Werbeinhalte stattfinden kann. Ebenso verstehen wir als GEW die Hochschule als öffentlichen Raum der frei von kommerzieller Werbung sein sollte.



### Veranstaltungsreihe: Bücher zur kritischen (politischen) Bildung

■ **Do, 2. Mai**

*Handbuch kritische politische Bildung*

■ **Di, 14. Mai**

*Solidarische Bildung*

■ **Di, 28. Mai**

*Utopie denken, Realität verändern*

■ **Do, 6. Juni**

*Emanzipatorisch, sozialistisch, kritisch, links?*

■ **Di, 25. Juni**

*Politische Bildung zwischen Aufklärung und Formierung*

■ **Do, 4. Juli**

*Was heißt kritische politische Bildung heute?*

Alle Veranstaltungen um 19 Uhr in der Europäischen Akademie der Arbeit, Universität Frankfurt am Main (EAdA), Mertonstraße 30, Frankfurt am Main. Mehr Infos: [www.gew-frankfurt.de](http://www.gew-frankfurt.de)



## Tarifabschluss in Hessen:

### Anschluss an die TdL gehalten – Hilfskräfte spielen weiter keine Rolle!

Rund viertausend Landesbeschäftigte waren am 6. März zum Warnstreik auf der Straße. Unter ihnen auch zahlreiche Beschäftigte der hessischen Hochschulen. Trotz Semesterferien gelang es mit kleinen Aktionen, die Probleme der Hochschulen, insbesondere die ausufernde Befristungspraxis der wissenschaftlich Beschäftigten, zu thematisieren. Während in Hessen 2001 auf einen unbefristet Beschäftigten bereits fünf befristet Beschäftigte gezählt wurden, kamen 2011 auf einen Unbefristeten neun Befristete. Neben der Kritik an der Zunahme befristeter Beschäftigung muss es auch um die Etablierung von Mindeststandards an den Hochschulen gehen. Die Gewerkschaften forderten daher neben 6,5 Prozent mehr Gehalt mit einer sozialen Komponente für alle Beschäftigten. Verhandlungen zur Beschränkung der Zahl befristeter Arbeitsverhältnisse. Nach den zwei Tage dauernden Verhandlungen wurde ein Ergebnis erzielt: Ab 1. Juli 2013 und 1. April 2014 steigen die Entgelte um jeweils 2,8 Prozent. Außerdem erhalten die Beschäftigten eine Einmalzahlung in Höhe von 450 Euro im Jahr 2013 und 225 Euro im Jahr 2014. Alle Beschäftigten erhalten wie beim bundeswei-

ten Abschluss der Tarifgemeinschaft der Länder (TdL) 30 Tage Erholungsurlaub, für 2012 gilt dieser Anspruch ebenfalls. Weitere Gespräche zur Eindämmung der Befristungspraxis wurden für das vierte Quartal 2013 vereinbart. Alle Tarifbeschäftigten stimmten in einer Mitgliederbefragung über das Ergebnis ab. Bis Redaktionsschluss lag noch kein Ergebnis der Befragung vor. Vergleichbare Ergebnisse konnten an den tarifrechtlich selbstständigen Universitäten in Frankfurt und Darmstadt erzielt werden.

Für ein besseres Ergebnis müsste sich die Streikfähigkeit in den Hochschulen deutlich erhöhen, die Verhandlungen müssten im Semester stattfinden und wir als GEW sollten die Chance nutzen, stärker qualitative Forderungen der Arbeit in den Vordergrund zu stellen. Wichtige Beschäftigtengruppen wie die studentischen und wissenschaftlichen Hilfskräfte spielten in den Verhandlungen bisher keine Rolle. Hier sind alle Hilfskräfte gefragt, sich wieder stärker gewerkschaftlich zu organisieren. Ohne Druck aus den Hochschulen können die Gewerkschaften auch keine entsprechenden Forderungen durchsetzen.



## Terminankündigungen

### ■ 31. Mai / 1. Juni

Blockupy-Aktionstage in Frankfurt: Samstag – Demoauftakt, 11 Uhr am Baseler Platz. Informationen unter [www.blockupy-frankfurt.org](http://www.blockupy-frankfurt.org)

### ■ 11. Juni

„Mali: Warum Krieg und was ist nach dem Krieg?“ Vortrag mit Bildern aus Mali von Renate Krauß-Pötz im DGB-Haus Frankfurt, Beginn 19 Uhr

### ■ 4. Juli

„Was wir für die Hochschulen wollen“ Podiumsdiskussion zur Hochschulpolitik anlässlich der Landtagswahl auf dem Campus Westend, Veranstalter: Mittelbaunetzwerk Hessen

### ■ 23.–25. August

Sommercamp der DGB-Jugend im Bessunger Forst bei Darmstadt, Anmeldung bei [tcepok@gew-hessen.de](mailto:tcepok@gew-hessen.de)

### ■ 22. September

Bundes- und Landtagswahl in Hessen

### ■ 25. September

„Revolution im Nahen Osten – Was folgt daraus?“ Vortrag von Willi van Ooyen im DGB-Haus Frankfurt

### ■ 9.–12. Oktober

Wissenschaftskonferenz der GEW in Berlin-Müggelsee. Näheres unter [www.gew.de](http://www.gew.de)

### ■ 25.–26. Oktober

„Wie bringe ich meine Botschaft richtig rüber? Grundlagenschulung für die politische Kommunikation und Öffentlichkeitsarbeit“, Seminar der GEW Hessen in der Sport- und Bildungsstätte Wetzlar. Anmeldungen sind schon möglich bei Barbara Lösel, [bloesel@gew-hessen.de](mailto:bloesel@gew-hessen.de)

## GEW Hessen ruft zu den Blockupy-Aktionstagen am 31. Mai und 1. Juni auf!

Das kapitalismuskritische Bündnis Blockupy bereitet sich auf eine zweite Runde vor, um in Frankfurt am Main gegen die Austeritätspolitik der Europäischen Union im Rahmen der Krise zu demonstrieren. Das Bündnis will an den Erfolg des letzten Jahres anknüpfen, bei dem 30.000 Menschen auf die Straße gegangen waren, um ihrem Unmut über die Krisenpolitik der Europäischen Union Ausdruck zu verleihen.

Der Protest, der von verschiedenen GewerkschafterInnen, der Linkspartei sowie globalisierungskritischen und antikapitalistischen Gruppierungen getragen wird, ist eine Chance, ein flächendeckendes Bündnis über die Spektren hinweg zu gestalten, um gemeinsam und mit vereinten Kräften Protest gegen das Kürzungsdiktat zu organisieren und Solidarität mit anderen sozialen Bewegungen in Europa zu entwickeln.

Die diesjährigen Aktionen werden anders als im letzten Jahr stark gebündelt und nur an zwei Tagen stattfinden. Nach einem dezentralen Aktionstag mit Blockaden, Veranstaltungen und anderen Aktionen des zivilen Ungehorsams am 31. Mai, wird es am 1. Juni eine Großdemonstration durch das Bankenviertel geben.

Das Bündnis sieht eine Schwierigkeit darin, die Zahl an Menschen zu mobilisieren, die letztes Jahr an den Protesten teilgenommen haben. Die deutsche Wirtschaft profitiert von der Ausbeutung der europäischen Peripherie, auch spielt die Krise zurzeit keine entscheidende Rolle im Bewusstsein der Bevölkerung.

Im vergangenen Jahr erließ die Stadt Frankfurt ein Versammlungsverbot auf öffentlichen Plätzen. Das Verbot war unter anderem der Grund dafür, dass

Blockupy im Sommer 2012 so erfolgreich gewesen war und sich kurzfristig viele Menschen der Demonstration anschlossen. Nur wenn es dem Bündnis im Vorfeld gelingt, die Bedeutung einer Gegenposition zur herrschenden Politik zu verdeutlichen, wird Blockupy an den Erfolg des letzten Jahres anknüpfen können.

Die GEW Hessen begrüßt und unterstützt öffentliche Proteste gegen die Krisenpolitik der Troika aus EU, IWF und EZB, die eine Konsolidierung des Bankensystems auf Kosten der Bevölkerung im Süden Europas durchsetzt. Für die dortigen KollegInnen verschlechtern sich die Lebensbedingungen spürbar, während Medien und Politik in Deutschland auf eine Spaltung der europäischen Bevölkerung setzen. Die GEW Hessen fordert eine andere Politik der Krisenbewältigung, ein soziales Europa und eine gelebte Solidarität.

# BLOCC KUPY



Widerstand im Herzen  
des europäischen Krisenregimes

31. Mai. & 1. Juni 2013  
Frankfurt am Main

[blockupy-frankfurt.org](http://blockupy-frankfurt.org)



**Wann, wenn nicht jetzt?**

**Interessen vertreten und Bildung gestalten.  
Der GEW beitreten und politisch aktiv sein!**

**Online-Beitritt unter: [www.gew.de/Mitgliedsantrag.html](http://www.gew.de/Mitgliedsantrag.html)**

### Deine Kontakte zur GEW

- LandesstudierendensprecherInnen**  
Birthe Kleber, Matthias Schröder,  
Philipp Kranemann  
[studierende@gew-hessen.de](mailto:studierende@gew-hessen.de)
- Kassel**  
Oliver Schmolinski  
GEW-Studierende  
c/o GEW RV Nordhessen  
Friedrich-Engels-Str. 26, 34117 Kassel  
[oliver-schmolinski@gmx.de](mailto:oliver-schmolinski@gmx.de)
- Marburg**  
Matthias Schröder  
c/o GEW-Hochschulgruppe  
Erlenring 5, 35037 Marburg  
[Studierende@gew-landesverband.de](mailto:Studierende@gew-landesverband.de)
- Gießen**  
Birthe Kleber  
c/o GEW-Hochschulgruppe  
Schwarzlachweg 18, 35390 Gießen  
[gew-studierende-in-giessen@gew-landesverband.hessen.de](mailto:gew-studierende-in-giessen@gew-landesverband.hessen.de)
- Frankfurt**  
Philipp Kranemann  
GEW-Studierendengruppe Frankfurt  
c/o GEW Hessen  
Zimmerweg 12, 60325 Frankfurt  
[gew-studis-frankfurt@gew-hessen.de](mailto:gew-studis-frankfurt@gew-hessen.de)
- Darmstadt**  
Sebastian Ankenbrand, Gloria Schmidt  
c/o GEW BV Südhessen  
Gagernstraße 8, 64283 Darmstadt  
[sebastian.ankenbrand@googlemail.com](mailto:sebastian.ankenbrand@googlemail.com)
- Jugendbildungsreferent Hessen**  
Tobias Cepok, GEW Hessen  
Zimmerweg 12, 60325 Frankfurt  
Tel. (i.d.R. Mo + Do) 069-971293-26  
Mobil: 0175-9337730  
[tcepok@gew-hessen.de](mailto:tcepok@gew-hessen.de)

### Herausgeber

GEW Hessen  
Zimmerweg 12  
60325 Frankfurt



### Mitwirkende

Ulrike Döbel, Daniel Schultz,  
Jens Wernicke, Karin Zennig, Tobias Cepok

### Satz + Layout

Inge Weber, GEW Hessen

### V.i.S.d.P.

Tobias Cepok, Jugend- und Hochschulreferent, GEW Hessen

### Druck

Druckkollektiv Gießen  
Auflage 4.000

Frankfurt im Mai 2013